2018/27 Disko

https://www.jungle.world/artikel/2018/27/eine-rechte-truppe

Seit der Aussetzung der Wehrpflicht muss die Bundeswehr mehr denn je kritisiert werden

Eine rechte Truppe

Von **Gaston Kirsche**

Die Nachfolgerin der nationalsozialistischen Wehrmacht sollte als Institution zur Absicherung der wirtschaftlichen und politischen Expansion des deutschen Staats abgelehnt werden.

»Wenn es heißt, Dritter Zug raustreten, dann treten Sie aus den Stuben heraus und stellen sich auf dem Flur auf. Die Fußspitzen berühren genau die zweite Fuge der Steinplatten. Das habe ich Ihnen gestern gesagt, das sage ich Ihnen heute und das sage ich Ihnen morgen. (…) Und raustreten heißt nicht schlendern, raustreten heißt rennen, Männer. Ist das klar?« Sven Regener, der in seinem Roman »Neue Vahr Süd« diese Szene Frank Lehmann als jungen Wehrdienstleistenden erleben lässt, wurde selbst zum »Bund« eingezogen. Er absolvierte die Grundausbildung und schilderte die Zurichtung zum wehrhaften deutschen Untertanen so, wie er sie selbst erlebte. Die scheinbare Idiotie und Pedanterie der Spieße, die ihre Rekruten schleifen, bis sie aufhören, selbständig zu denken, und stattdessen den Befehlen gehorchen, schildert er anschaulich.
Sven Regener war Mitglied im Kommunistischen Bund Westdeutschland, als er seinen Musterungsbescheid erhielt. Er folgte dem Ruf der Soldaten- und Reservistenkomitees des KBW, die Bundeswehr von innen zu bekämpfen.

Im Rückblick bezeichnete Regener seinen Wehrdienst, also »in so ein Befehls- und Gehorsamssystem hineingepresst zu werden«, im Deutschlandfunk als »wahrscheinlich die schlimmste Zeit meines Lebens«. Im Gespräch mit der Taz erzählte er: »Das war ein Schock bei der Bundeswehr. Da wurde man innerhalb von Minuten so fertiggemacht, dass man total vergessen konnte, was man vorher über sich dachte: dass man sich nicht einschüchtern lässt, man ein selbstbewusster Mensch ist.« Regener verweigerte nach sechs Monaten den weiteren Dienst fürs Vaterland und wurde Zivildienstleistender.

Unteroffiziere bei der Bundeswehr wetteiferten miteinander darin, radikale Linke zu erkennen, ihren Willen zu brechen und sie auf Unterordnung zu trimmen. Bestenfalls kamen diese unbeschadet wieder aus der Bundeswehr raus, erkennbare Erfolge bei der Wehrkraftzersetzung blieben hingegen die Ausnahme. Eher fühlten sich junge Genossen

verheizt und durch Disziplinarmaßnahmen wie Bunkerhaft traumatisiert. Aus dem Kommunistischen Bund (KB) entschieden sich deshalb die meisten Gemusterten bald aufgrund der Erfahrungen von älteren Mitgliedern für die Kriegsdienstverweigerung. Mitglieder der eher autoritären der K-Gruppen gingen weiter zum Bund. Auch bei der DKP war es so. Ein junger DKPler erzählte, dass er wegen der Teilnahme an einer Friedensdemonstration in Uniform zu Bunkerhaft verdonnert worden sei. Und er war kein Einzelfall. Die DKP forderte ihre jungen Genossen in der Regel sogar dazu auf, uniformiert zu demonstrieren, was teils als ein verantwortungsloses Verheizen kritisiert wurde.

Hätte Regener nicht 2004 den Roman »Neue Vahr Süd« geschrieben, wäre er in keinem Interview zu seiner Zeit bei der Bundeswehr befragt worden. Denn die Bundeswehr als Institution wird kaum hinterfragt und kritisiert. Bereits vor der Aussetzung der Wehrpflicht galt es weithin als individuelles Problem, ob und wie sich männliche deutsche Jugendliche der Wehrpflicht entzogen. Es gab keine angemessene Kritik an der Bundeswehr als Nachfolgerin der deutschen Wehrmacht, ohne die das nationalsozialistische Regime weder den Weltkrieg hätte beginnen, noch die Verbrechen der Shoah, des Porajmos oder der antislawischen Vernichtungsfeldzüge begehen können. Wie die Wehrmacht eine zentrale Institution zur Initiation männlicher Jugendlicher in die deutsche Volksgemeinschaft war, so war die Bundeswehr bis 2011 wesentlich für die Initiation in den Post-NS-Staat, in die »wehrhafte Demokratie«. Erst im Zuge des Umbaus von einer Territorialstreitmacht mit großen, stehenden Einheiten in eine flexible Interventionsarmee mit hochspezialisierten mobilen Einheiten rückte die Zurichtung eines Großteils der nachwachsenden männlichen Bevölkerung zur Verteidigungsbereitschaft und zum Antikommunismus in den Hintergrund. Aus einer potentiell renitenten Gurkentruppe wollte man die Bundeswehr für die folgsamen Elite machen, so das Kalkül.

Wie schon zu Zeiten der Wehrpflicht zieht es autoritätshörige, deutschnationale Jugendliche zur Bundeswehr. Der Unterschied ist nicht, dass nun auch Neonazis zur kämpfenden Truppe wollen. Das war schon der Fall, als die Bundeswehr 1956 nur elf Jahre nach dem Sieg der Alliierten von ehemaligen Offizieren der nationalsozialistischen Wehrmacht in Westdeutschland neu aufgebaut wurde. Viele höhere Dienstgrade zog es nach 1945 auch in die Politik, die Justiz und die Chefetagen der deutschen Industrie. So waren es angeblich von NS-Kriegsverbrechen nicht belastete ehemalige Offiziere der Wehrmacht wie Helmut Schmidt und Franz Josef Strauß, die 1977 im großen Krisenstab den Ton angaben. In der Konfrontation mit der RAF schlug der Stab auch Strategien aus der Partisanenbekämpfung vor.

Neonazis bewegten sich in der Bundeswehr von Beginn an wie die Fische im Wasser, während Linke, gar Kommunisten als innerer Feind im doppelten Sinne bekämpft wurden.

Sich ausgerechnet in Zeiten einer marginalen radikalen oder gar antideutschen Linken für einen Dienst in dieser Institution auszusprechen, zeugt von Unkenntnis deutscher Militärgeschichte. Es gibt für antideutsche Linke keinen Grund, hinter das Potsdamer Abkommen zurückzufallen. Darin schrieben die Alliierten die antinationalsozialistischen

Richtlinien für die Nachkriegsordnung fest. Die vier Ds sind die Grundlage für antideutsche Praxis: Denazifizierung, Demilitarisierung, Demokratisierung, Dezentralisierung. Dass die junge Bundesrepublik und ihr Personal sich der Denazifizierung weitgehend verweigert und die Demilitarisierung von Anfang an hintertrieben haben, ist kein Argument dafür, sich den Umständen zu ergeben.

Was ansteht, ist eine grundsätzliche Kritik der Bundeswehr als Armee des deutschen Kapitals, seines Staats und des internationalen ökonomischen und politischen Hegemoniestrebens. Es gab zu Beginn der deutschen Friedensbewegung der Achtziger eine radikale Antikriegsbewegung, die sich gegen Deutschland nicht als Vasall der USA, sondern gegen seinen eigenständigen und aggressiven »Imperialismus« wandte. Am 6. Mai 1980 störten Tausende Demonstrierende, vor allem von Autonomen und K-Gruppen moblisiert, militant ein öffentliches Gelöbnis der Bundeswehr im Bremer Weserstadion: »Man konnte, ja musste damals zugleich antideutsch und antiamerikanisch sein«, erinnerte sich Jörn Schulz von der **»Autonomen Linken Meiendorf«** in der *Jungle World*. Als Hauptredner des von der sozialdemokratischen Stadtregierung Bremens organisierten Gelöbnisses trat Bundespräsident Karl Carstens auf. Er war bis zu seiner Wahl 1979 Mitglied der CDU, vor dem 8. Mai 1945 Mitglied der NSDAP und der SA. Eine ihn darstellende Puppe wurde unter lautem Jubel verbrannt. Die Menge versuchte, das Weserstadion zu stürmen. Einige geparkte Bundeswehrfahrzeuge brannten aus, Polizeiwagen und Wasserwerfer wurden von Personen, auch ohne Ausbildung in der Bundeswehr, außer Gefecht gesetzt. Durch diesen radikalen Protest wurde erreicht, dass zehn Jahre lang keine öffentlichen Gelöbnisse mehr stattfanden.

© Jungle World Verlags GmbH